



Hunderte Illegale verklagen Deutschland



Dass die aus aller Herren Länder illegal nach Deutschland eingedrungenen Horden der Ansicht sind, dieses Land und die hier erwirtschafteten Güter stünden ihnen von Rechts wegen zu, erleben wir tagtäglich. Nun geht eine Gruppe von Invasoren noch einen Schritt weiter und verklagt unser Deutschland, weil die deutschen Arbeitssklaven nicht schnell genug arbeiten.

(Von L.S.Gabriel)

Offiziell kamen 2015 1,1 Mio Asylforderer illegal zu uns. Es wurden laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 441.899 Erstanträge entgegengenommen, das war ein Anstieg zum Vorjahr um 155,3 Prozent, dazu kamen die Folgeanträge und ein bestehender Rückstand. Mit Ende 2015 hatte das BAMF 364.664 noch zu entscheidende Anträge.

Die BAMF-Mitarbeiter rebellierten schon seit Monaten. Eine Personalaufstockung kommt aber nur schleppend in Gang. Neue Mitarbeiter wurden befristet angestellt und in einem vierwöchigen Crashkurs für einen sehr komplexen Arbeitsbereich gedrillt. Am Ende waren sie natürlich in keiner Weise adäquat ausgebildet und damit weder dem völlig überlasteten Personal noch dem Rechtsstaat dienlich. In einem offenen Brief machte sich das Personal im November 2015 Luft. Vor allem auch darüber, dass aufgrund dieser Situation in sogenannten „verkürzten Asylverfahren“ auf Identitätsprüfungen verzichtet wurde und das, laut Schreiben, mit dem „Rechtsstaatsgebot nicht vereinbar“ sei.

Reiseleiterin Merkel holt zwar das Elend der Welt nach Deutschland, stellt aber gleichzeitig keine ausreichende „Abfertigungsmöglichkeiten“ zur Verfügung. Und jetzt verklagen mehr als 200 Illegale wegen Untätigkeit der Behörde den Staat. Schließlich sind sie gekommen, um zu bleiben und wollen das nun schriftlich bestätigt haben, um dann, auch rechtlich abgesichert, in ähnlicher Weise die weitere Gangart im Land bestimmen zu können. Im Grunde sind es Kriminelle (wer illegal in ein Land eindringt, macht sich eines Verbrechens schuldig), die nun den Staat dafür verklagen, dass er ihr Verbrechen nicht rasch genug legalisiert.

Macht aber nichts, die SPD hat dafür vollstes Verständnis: Thomas Kutschatj, Nordrhein-Westfalens Landesjustizminister, sagte gegenüber der Rheinischen Post:

„Die Ungewissheit, wann endlich über den Asylantrag entschieden wird, treibt viele Menschen in die Verzweiflung. Es kann nicht sein, dass Asylbewerber gezwungen sind, nach dem Überschreiten der Grenze den Staat zu verklagen, damit dieser endlich eine Entscheidung über ihren Asylantrag trifft.“

Eine Wartezeit von 14 Monaten sei nicht zumutbar, so

Kutschaty. Rührend, diese Besorgnis. Nicht zumutbar ist diese Situation aber vor allem den Deutschen, die aufgrund einer völlig kranken Schuldpsychose und linken Willkommensdiktatur zu Sklaven einer Barbareninvasion gemacht werden sollen.